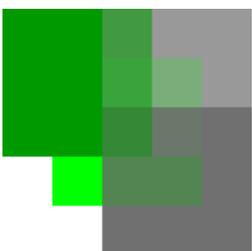


Öffentliche Veranstaltung und 75-Jahr-Feier der GdV am 12.05.2025 in Potsdam

Die Sozialverwaltung - Sonderausgabe



GdV

Gewerkschaft¹ der Sozialverwaltung



Inhaltsverzeichnis

Potsdam und das Dorint-Hotel als Gastgeber	3
Die Moderatorin.....	4
SGB9-Band - Die musikalische Umrahmung	5
Begrüßung Bundesvorsitzender Thomas Falke	6
Grußwort des Staatssekretärs Patrick Wahl – Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Brandenburg.....	10
Grußwort Herr Ralf Roggenbuck, Vorsitzender dbb brandenburg	11
Grußwort Frau Christina Schröter, Präsidentin des Landesamtes für Soziales und Versorgung Brandenburg	12
Grußwort Claus Weselsky, dbb-Vize.....	15
Grußwort Frau Susanne Strehle, Unterabteilungsleiterin BMAS	18
Grußwort Frau Verena Bentele, Präsidentin VdK	22
Grußwort Frau Michaela Engelmeier, Vorstandsvorsitzende SoVD Deutschland... ..	24
Festrede 75 Jahre GdV, Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung.....	26
Potsdamer Resolution und Leitantrag als Grundlage der Podiumsdiskussion	29
Die Podiumsdiskussion	32
Die Chronik.....	35
Ein Danke schön.....	36
Fazit.....	37
Impressionen von der öffentlichen Veranstaltung mit anschließendem Sekttempfang.....	38
75 Jahre Gewerkschaft der Sozialverwaltung	42

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft der Sozialverwaltung (GdV) im Deutschen Beamtenbund (dbb)

Bundesgeschäftsstelle: Napoleonstraße 11, 57489 Drolshagen

Telefon: +49 2761 9434744, mobil: +49 174 3415539, E-Mail: thomas.falke@gdv-bund.de

Für den Inhalt verantwortlich: Thomas Falke, Bundesvorsitzender der GdV, Telefon wie oben.

Redaktion: Manfred Eichmeier, Eibseestr. 11, 95445 Bayreuth, Tel. 0921/31577 privat, 0921/6053234 dienstlich, E-Mail: manfred.eichmeier@gdv-bund.de

Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.



Potsdam und das Dorint-Hotel als Gastgeber



Potsdam, die Landeshauptstadt Brandenburgs und Stadt der Schlösser und Gärten, der Medienwirtschaft -und bisweilen auch Brennpunkt von Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst- war ein würdiger Gastgeber für unsere öffentliche Veranstaltung, die unter dem Motto „**Sozial in eine digitale Zukunft**“ stand. Die öffentliche Veranstaltung fand anlässlich der 75-Jahrfeier der GdV am 12.05.2025 im Rahmen des 29. Bundesgewerkschaftstages statt. Leider ließ das dichtgedrängte Programm den Delegierten viel zu wenig Zeit, um bei herrlichem Wetter die Schönheiten Potsdams zu erkunden.



Die Veranstaltung selbst fand im Dorint-Hotel in Potsdam statt, das keine Wünsche offenließ. Bereits im Vorfeld wurden wir von Frau Kathleen Küllmei, der „Convention Sales Managerin“ des Dorint Hotels Sanssouci Berlin/Potsdam, in allen Fragen der Organisation und Planung des Bundesgewerkschaftstages und der öffentlichen Veranstaltung bestens unterstützt. Am Veranstaltungstag selbst stand uns das rührige Personal, federführend Herr Lehmann, rund um die Uhr zur Verfügung, damit „ja nichts schief geht“. Es hat dann alles auch wunderbar funktioniert.
Danke Potsdam, danke Dorint-Hotel.



Die Moderatorin



Für die Moderation der 75-Jahrfeier der Gewerkschaft der Sozialverwaltung am 12.05.2025 in Potsdam konnte die GdV mit **Frau Astrid Hollmann** eine würdige Begleitung gewinnen. Die profilierte Gewerkschaftlerin und Ehrenmitglied im dbb ist in Gelsenkirchen als Kind eines Bergmannes aufgewachsen. Nach dem Abitur absolvierte sie eine Ausbildung zur Industriekauffrau. Es folgte ein Studium der Kommunikationswissenschaft in Essen mit einem Magisterabschluss.

Astrid Hollmann, Foto: Marco Urban

Zusatzqualifikationen erwarb sie sich im Bereich Journalismus und durch Zertifizierung zur PR-Beraterin und Aufsichtsrätin. 2016 absolvierte sie den Master in „organization studies“ an der Stiftungsuniversität Hildesheim mit Schwerpunkt Veränderungsmanagement/Frauen in Führungspositionen. Von 1999 - 2018 arbeitete sie in der Politikredaktion der Deutschen Welle in Berlin. 2010 - 2013 war sie Leiterin des Berliner Büros der Intendanz der Deutschen Welle. Seit 2018 ist sie Referentin in der Senatskanzlei Berlin; zunächst für politische Grundsatzangelegenheiten, Strategie und Industriepolitik, aktuell im Büro der Bürgermeisterin von Berlin.

Dass sie über große Erfahrung bei der Moderation von öffentlichen Veranstaltungen verfügt, war allen Gästen schnell sichtbar. Gedankenschnell und souverän führte sie durch die öffentliche Veranstaltung. Die Zeitüberschreitung von gerade einmal 5 Minuten bei der für drei Stunden angesetzten Veranstaltung bewies auch eindrucksvoll ihr Geschick, immer wieder den Fokus auf das Wesentliche zu richten.

Dass Astrid Hollmann bereit war, die Moderation der öffentlichen Veranstaltung der 75-Jahr-Feier der GdV zu übernehmen, kommt nicht von ungefähr, schließlich verfügt der GdV-Bundesvorsitzende Thomas Falke über einen guten langjährigen vertrauensvollen gewerkschaftlichen Kontakt zu ihr. Astrid Hollmann ist nämlich auch ein Aushängeschild im dbb und hat sich auf vielfältige Weise verdient gemacht.

Von 2006 - 2020 war sie Mitglied in der Geschäftsführung der dbb bundesfrauenvertretung, **von 2007 - 2022 stellvertretende Bundesvorsitzende im dbb**, von 2012 - 2022 Vorstand in der dbb Akademie und von 2012-2017 Aufsichtsratsvorsitzende im dbb Verlag.

Liebe Astrid,

Deine Moderation unserer öffentlichen Veranstaltung war für uns eine Ehre.



Astrid Hollmann bei der Moderation



SGB9-Band - Die musikalische Umrahmung

Einen besseren Vorschlag als die Verpflichtung der Cottbusser SGB9-Band für die musikalische Umrahmung unserer öffentlichen Veranstaltung, hätte uns das frischgebackene Ehrenmitglied der GdV, Detlef Mangler, nicht unterbreiten können: gehört doch das Thema Inklusion zu einem zentralen Aufgabenbereich der von der GdV vertretenen Beschäftigten.



Die **Gruppe SGB9** wurde 2005 gegründet. Sie besteht aus Musikern mit und ohne Handicaps. Die Bandmitglieder sind Beschäftigte der Lebenshilfe Werkstätten „Hand in Hand“, die in ihrer Freizeit musizieren. Die Musik bietet Menschen mit Handicap neue Ausdrucksmöglichkeiten.

Bei der künstlerischen Arbeit können sie ihr Talent frei zur Geltung bringen und ihre Persönlichkeit entfalten. Auf dem Programm der SGB9-Band stehen Coverversionen aus Rock, Pop und Schlager. Für ihre musikalische Darbietung erhielt die Band langanhaltenden Applaus. Dass nach 3 Stunden öffentlicher Veranstaltung die Ehrengäste und Delegierten noch im Saal verblieben, um die drei Zugaben der Band zu genießen, zeigt wie gut die Band beim Publikum ankam. Die einzelnen Musikstücke hätten nicht treffender zu den einzelnen Abschnitten der öffentlichen Veranstaltung ausgewählt werden können. Lieder wie „**Willkommen**“ von Rosenstolz (zum Gedenken an die kürzlich verstorbene Sängerin (Anna R.)), „**Über sieben Brücken musst Du gehen**“ von Peter Maffay oder „**ein kleines bisschen Sicherheit**“ von Silbermond vermittelten auch eine klare Botschaft.

Der Auftritt der SGB9-Band zeigte auch, welche berührende Momente gelebte Inklusion vermitteln kann.

Danke SGB9-Band für die musikalische Umrahmung unserer öffentlichen Veranstaltung. Und danke SGB9-Band für die frühe Anreise bereits um 6 Uhr morgens, um für die Tonausrüstung unserer öffentlichen Veranstaltung zu sorgen.



Begrüßung Bundesvorsitzender Thomas Falke



Thomas Falke ist bereits seit dem 1.6.1990 Mitglied in der GdV. 1997 wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden der dbb-Bundesjugendleitung gewählt. Seit 2012 ist Thomas Falke Landesvorsitzender der GdV-NRW und seit 2017 GdV-Bundesvorsitzender. Seit 2023 ist er außerdem Mitglied des dbb-Bundesvorstandes.

Die Auflösung der Versorgungsverwaltung in Nordrhein-Westfalen war für Falke mit einem beruflichen Umzug vom Versorgungsamt Soest nach Olpe verbunden, wo er sich bei der Kommune auch beruflich neu orientieren musste. Unmittelbar vor der öffentlichen Veranstaltung wurde Thomas

Falke mit 100 Prozent der Stimmen erneut zum GdV-Bundesvorsitzenden gewählt und geht damit in seine dritte Amtsperiode. Seine Begrüßungsrede im Wortlaut:

„Gefallen“.

Dieses Bild von Käthe Kollwitz, das auch in vielen Geschichtsbüchern abgedruckt ist, berührt bis heute. In wohl keinem anderen Bild kommt die Wirkung der schrecklichen Kriegereignisse besser zum Ausdruck als in diesem. Wir wissen nicht, ob die im Bild dargestellte Frau, die entsetzt die Hände vor das Gesicht schlägt, nun die Nachricht vom Tod ihres Mannes oder Sohnes erhalten hat, aber wir können erahnen, welche Wirkung diese Nachricht in einem Haus oder einer Wohnung in einer Zeit großer Not hinterließ.

Es ist traurige Wahrheit, dass der Schmerz und das Leid zweier Weltkriege Anlass für die Geburtsstunde des Bundes der Versorgungsbeamten und der späteren Gewerkschaft der Sozialverwaltung waren.

Für die von uns vertretenen Beschäftigten der Versorgungsverwaltung waren der Schmerz, das Leid und die Not, die beide Weltkriege hinterlassen haben, durch den täglichen Umgang mit den Kriegsoptionen und Hinterbliebenen allgegenwärtig. Auf der einen Seite mussten sie schon von Gesetzes





wegen zwischen berechtigten und nichtberechtigten Ansprüchen differenzieren, auf der anderen Seite waren sie aber besonders gefordert, den vom Leid so hart getroffenen Versorgungsberechtigten mit besonderem Mitgefühl zu begegnen. Daran hat sich bis heute wenig geändert, auch wenn nun mehr die Opfer von Gewalttaten und Menschen, die von einer Behinderung betroffen sind, im Vordergrund stehen.

Drei wichtige Kernforderungen haben in den 75 Jahren unseres Bestehens das Handeln der Gewerkschaft der Sozialverwaltung bestimmt: Die Forderung nach einer aufgabenadäquaten Personalausstattung, nach einer guten Bezahlung unserer Beschäftigten und nach einer vernünftigen Sozialgesetzgebung, die zusammengefasst mit folgendem Satz auf einen Punkt gebracht werden kann:

So viel Pauschalierung wie möglich, so wenig Einzelfallregelung wie nötig.

Diese Position findet sich auch in unserer Potsdamer Erklärung, die wir heute Vormittag auf unserem Bundesgewerkschaftstag verabschiedet haben.

Potsdam, die Stadt der Schlösser und Gärten wird daher als Name für unsere Resolution noch oft in unseren Kreisen Erwähnung finden. Und wir sind auch dankbar, in dieser schönen Stadt -noch dazu bei herrlichem Wetter- unser Jubiläum feiern zu dürfen

Wenn wir heute auf 75 Jahre GdV zurückschauen, dann freue ich mich ganz besonders, bei uns die **Unterabteilungsleiterin des BMAS, Frau Susanne Strehle**, als Gast begrüßen zu dürfen. Die Zusammenarbeit zwischen BMAS und GdV begann schon 1950 wenige Tage nach unserer Gründungsversammlung, als eine erste Resolution an das BMAS versandt wurde. Mit Dr. Friedrich Bünger und Dr. Gerhard Wilke waren einst zwei geschätzte ehemalige Mitarbeiter des BMAS sogar mehr als ein Jahrzehnt lang stellvertretende Bundesvorsitzende unserer Gewerkschaft. Zu unseren Ansprechpartnern in den Landesverbänden zählen aber auch seit jeher die Landessozialministerien und so freue ich mich als Vertreter der Landessozialministeriums Brandenburg, **Herrn Rainer Liesegang, Abteilungsleiter Soziales** begrüßen zu dürfen.

Ebenfalls fast 75 Jahre besteht auch schon eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der GdV und den Sozialverbänden. So waren Vertreter des VdK und des Sozialverbandes Deutschland -damals noch Reichsbund genannt- schon 1951 auf unserem Bundesdelegiertentag in Bonn zu Gast.

Heute werden die beiden größten Sozialverbände in Deutschland von starken und auch sportlichen Frauen geprägt. Ich freue mich besonders mit **Frau Verena Bentele, der Präsidentin des VdK**, eine mehrfache Olympiasiegerin begrüßen zu dürfen, die mittlerweile auch der Politik um die eine oder andere Länge voraus sein will und mit **Frau Michaela Engelmeier, der Vorstandsvorsitzenden des Sozialverbandes Deutschland**, eine Frau, die -weil sie vom Judo kommt- politische Gegner gerne auf die Matte zwingt.



Seit mehr als 50 Jahren gehört der Vollzug des Schwerbehindertengesetzes zu den großen Hauptaufgaben unserer Verwaltung. Ein regelmäßiger Austausch mit dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung ist daher selbstverständlich, erst recht, wenn er wie der **aktuelle Beauftragte, Herr Jürgen Dusel**, auch aus unserer Verwaltung kommt.

Sehr geehrter Herr Dusel, wir freuen uns ganz besonders, dass Sie sich trotz vielfältiger Verpflichtungen heute die Zeit genommen haben, noch einmal in ihre alte Heimat zurückzukehren, die Festrede zu halten und auch anschließend mit uns über das SGB IX und SGB XIV zu diskutieren.

Noch mehr als Jürgen Dusel kehrt aber heute **Herr Michael Welsch, der Behinder-tenbeauftragte des Landes Sachsen**, in seine alte Heimat zurück. Michael Welsch kommt ebenso wie Jürgen Dusel auch aus unserer Verwaltung, aber er war zusätzlich auch noch 25 Jahre lang Vorsitzender der GdV-Sachsen und von 2012 bis 2017 stellvertretender Bundesvorsitzender der GdV.

Sie sehen also, sehr verehrte Damen und Herren, eine Mitgliedschaft in der GdV kann durchaus ein Sprungbrett für höhere Aufgaben sein.

Michael, wir freuen uns ganz besonders über Deine Rückkehr in die alte Heimat und möchten damit auch alle anderen Behindertenbeauftragten der Länder sehr herzlich begrüßen, die ebenfalls unserer Einladung gefolgt sind.

Personell gut ausgestattete Sozialverwaltungen, eine gute Bezahlung der Beschäftigten und eine vernünftige Sozialgesetzgebung sind nicht nur das Ziel unserer Gewerkschaft, sondern liegen auch im Interesse unserer Führungskräfte, die derzeit leider vor allem den Mangel verwalten. Von Anfang an bestand immer eine enge Bindung zwischen GdV und den Führungskräften, die sich selbst immer auch in den Dienst unserer Gewerkschaft stellten. Als Beispiel mag hier der ehemalige Präsident des Landesversorgungsamtes Bayern, Georg Lunz, dienen, der mehr als 20 Jahre stellvertretender Vorsitzender der GdV war. Und so möchte ich auch **Dr. Norbert Kollmer, den Präsidenten des ZBFS in Bayern**, als Chef der mit ca. 2000 Beschäftigten größten Landessozialverwaltung Deutschlands stellvertretend für alle Präsidentinnen und Präsidenten der Landessozialverwaltungen ganz herzlich begrüßen, die unserer Einladung gefolgt sind. Ein besonderer Gruß gilt aber auch **Frau Christina Schröter, der Präsidentin des Landesamtes für Soziales und Versorgung Brandenburg**, die später auch ein Grußwort zu uns sprechen wird.

Seit unserer Gründung 1950 haben wir uns stets auch in der Familie des Deutschen Beamtenbundes und der Tarifunion gut aufgehoben gefühlt. Die Zusammenarbeit zwischen GdV und dbb stand von Anfang an auf einem von gegenseitigem Respekt und Achtung geprägtem Fundament. Der gemeinsame Austausch ging dabei weit über die jährlichen Treffen bei den jeweiligen Bundesdelegiertentagen hinaus. Von der Gründung an unterstützte die GdV die Bemühungen des dbb um die Verbesserung der Gehälter und Pensionen sowie der Rahmenbedingungen für den öffentli-



chen Dienst. Andererseits setzte sich der dbb stets für eine personell gut ausgestattete und starke Versorgungsverwaltung ein. Und so freue ich mich ganz besonders, heute Gäste aus allen Ebenen des dbb begrüßen zu dürfen:

Herrn Claus Weselsky als stellvertretenden dbb-Bundesvorsitzenden, Frau Michaela Neersen, die stellvertretende Vorsitzende der dbb-frauenvertretung und Mitglied der GdV, Herrn Matthäus Fandrewski, als Bundesvorsitzenden der dbb Jugend, Herrn Dr. Horst Günther Klitzing, als Vorsitzenden der dbb Bundes seniorenvertretung, Herrn Oliver Krzywanek als Referent des dbb für Sozialpolitik, Herrn Ralf Roggenbuck, Landesvorsitzender des dbb Brandenburg, Herrn Kai Rosenberger, Landesvorsitzender des dbb Baden-Württemberg, Herrn Frank Schönborn, Landesvorsitzender des Thüringer Beamtenbund und Tarifunion, Herrn Heini Schmitt, Landesvorsitzender des dbb Hessen und Herrn Mario Reiss, Vorsitzender der Gewerkschaft der Lokomotivführer stellvertretend für alle Vorsitzenden der dbb-Fachgewerkschaften, die unserer Einladung gefolgt sind; seien Sie herzlich willkommen bei unserer kleinen, aber feinen Fachgewerkschaft GdV.

Ohne Moos nichts los, lautet ein altes Sprichwort und so sind Gewerkschaften natürlich dankbar, wenn sie Unterstützung aus der finanzkräftigen Wirtschaft bekommen, sei es durch Inserate in unserer Fachzeitschrift oder bei gemeinsamen Aktionen. Und so ist es für uns ein ganz besonderes Anliegen, heute auch Repräsentanten unserer Partner, **Herrn Jens Rettig**, für das dbb-Vorsorgewerk, **Herrn Rene Plathe** für die **BBB-Bank** und **Herrn Stefan Naumann** für die **debeka**, stellvertretend auch für alle weiteren Partner bei uns willkommen zu heißen. Der Debeka gilt dabei ein besonderer Willkommensgruß. Das erste Inserat der debeka erschien 1952 in unserer Fachzeitschrift und so lange dauert nun auch schon unsere besonders vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Last but not least heiße ich natürlich auch **unsere Delegierten**, unseren **Ehrenvorsitzenden Adalbert Dornbusch** und unsere **Ehrenmitglieder Marlene Wolf und Edi Liske ganz herzlich** willkommen. Sie prägen seit vielen Jahren die GdV und an dieser Stelle möchte ich Ihnen auch einmal ein herzliches Danke schön für Ihren Einsatz aussprechen.

Und jetzt wünsche ich uns allen eine schöne Festveranstaltung „75 Jahre GdV“.



GdV - Bundesgewerkschaftstag 2025



Grußwort des Staatssekretärs Patrick Wahl – Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Brandenburg



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft der Sozialverwaltung,

im Namen der Landesregierung Brandenburgs und Gesundheitsministerin Britta Müller möchte ich Ihnen herzlich zum 75-jährigen Bestehen gratulieren.

Im letzten Dreivierteljahrhundert hat sich die GdV als nicht mehr wegzudenkender Teil der gewerkschaftlichen Landschaft etabliert. Als Fachgewerkschaft nimmt sie eine besondere Rolle wahr und ist dabei Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sozialbereich, aber noch so viel mehr als das.

Die GdV hat sich als starke Stimme etabliert, die mit fachlicher Kompetenz den Arbeitsalltag und die Berufsrealität der Beschäftigten in den Sozialverwaltungen der Länder und Kommunen begleitet. Die Gewerkschaft setzt die gesammelten Erfahrungswerte ein, um auf die Verbesserung des Sozialstaats hinzuwirken. Die GdV kämpft in Personalräten und Tarifverhandlungen nicht nur für bessere Arbeitsbedingungen, sondern auch für eine zukunftsfähige Sozialverwaltung.

Die GdV vertritt die Menschen, auf die wir als Gesellschaft in den größten Herausforderungen der jüngeren Vergangenheit angewiesen waren, sei es in der Coronapandemie oder in der Migrationskrise. Auf die Kolleginnen und Kollegen der GdV ist Verlass. Sie sorgen dafür, dass Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird und das oft unter großem Druck und mit zu wenig Personal. Daher muss es uns als Politik und Verwaltung immer wieder ein Anliegen sein, gemeinsam mit Organisationen wie der GdV für den Erhalt und den Ausbau des Sozialstaats zu kämpfen.

Die Landesregierung dankt der GdV für den unverzichtbaren Beitrag, den sie als Sozialpartner für Gesellschaft und Demokratie leistet und für die langjährige Zusammenarbeit. Wir wünschen Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein freudiges Jubiläum, aber auch gutes Gelingen für die nächsten 75 Jahre!

Herzliche Grüße

Patrick Wahl

Staatssekretär im Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Brandenburg



Grußwort Herr Ralf Roggenbuck, Vorsitzender dbb brandenburg



Mit Heini Schmitt, dbb Hessen, Frank Schönborn vom tbb Beamtenbund und tarifunion Thüringen, Kai Rosenberger vom dbb Baden-Württemberg und Ralf Roggenbuck vom dbb Brandenburg erwiesen gleich 4 Landesvorsitzende des dbb der GdV in Potsdam ihre Ehre.

*Für das Grußwort war aber **Ralf Roggenbuck** als Vorsitzender des gastgebenden dbb Brandenburg gesetzt. Roggenbuck, der außerdem Vorsitzender der Deutschen Justizgewerkschaft in Brandenburg ist, ist hauptberuflich als Staatsanwalt in Potsdam tätig.*

Roggenbuck gratulierte eingangs dem Bundesvorsitzenden Thomas Falke zur Wiederwahl und bedankte sich für die Einladung. Humorvoll führte er aus, dass er als Beamter ein Problem damit habe, gewerkschaftliche Arbeit während seiner Arbeitszeit zu leisten. Roggenbuck wörtlich: „Wir sind uns daher alle hier einig, dass ich mich gerade in einer wohlverdienten Pause befinde und diese Pause bei Sprechübungen am Mikrophon verbringe. Ich muss mich daher entschuldigen, dass ich die Veranstaltung direkt nach meinem Grußwort verlassen muss, zu dem Sektempfang nachher bin ich dann gerne wieder da“.

Roggenbuck wies auf die historische Hauptstadt Potsdam des Landes Brandenburg hin, verbunden mit der Hoffnung, dass den Delegierten auch Zeit verbleiben möge, sich die vielfältigen Sehenswürdigkeiten anzuschauen. Vom Dorint-Hotel fußläufig sei viel zu sehen, die Geschäftsstelle des dbb brandenburg in der Weinbergstraße wenige Straßen weiter münde an dem Weinberg des Schlosses Sanssouci und dort beginne dann auch der Garten des Schlosses.

Roggenbuck betonte, dass die Gewerkschaft der Sozialverwaltung zu einer seiner Lieblingsgewerkschaften im dbb brandenburg gehöre und er immer gerne auch nach Cottbus gefahren sei, um dort bei mehreren Veranstaltungen anwesend zu sein. Das habe einerseits etwas mit der Person von **Franz Ifland** (stellvertretender Vorsitzender der GdV Brandenburg) zu tun, der sein Wirken als Landesvorsitzender des dbb brandenburg seit nunmehr 13 Jahren mit begleitet habe und immer zu den Hauptvorstandssitzungen nach Potsdam gekommen sei. Andererseits habe er noch gut in Erinnerung, wie dbb und GdV 2016 gemeinsam um den Erhalt des Landesamtes für Soziales und Versorgung gekämpft und diesen Kampf auch gewonnen hätten. Roggenbuck bezeichnete die GdV als einen wichtigen Partner des Dachverbandes dbb brandenburg und tarifunion und verlieh der Hoffnung Ausdruck, sich auf die nächsten 75 Jahre des gemeinsamen Wirkens vorbereiten zu können. Abschließend wünschte er dem Festakt ein gutes Gelingen und gute Reden und führte aus, dass er sich auf ein Wiedersehen nachher beim Empfang freue.



Grußwort Frau Christina Schröter, Präsidentin des Landesamtes für Soziales und Versorgung Brandenburg



*Frau Christina Schröter, die Präsidentin des Landesamtes für Soziales und Versorgung Brandenburg (LASV), Zeit für ein Grußwort abzuverlangen, ist der GdV nicht allzu schwergefallen. **Christina Schröter ist schließlich auch Mitglied in der GdV** und erwies der GdV durch ihre Teilnahme nicht nur an der öffentlichen Veranstaltung, sondern auch am Delegiertentag eine besondere Ehre. Die Juristin wurde im August 2002 im LASV Leiterin des Dezernats „Entgeltwesen“, von Oktober 2006 bis Juni 2008 leitete sie das Dezernat „Aufsicht Maßregelvollzug“.*

Anschließend ging sie für ein Jahr als Geschäftsführerin zum Verband „Evangelische Behindertenarbeit“ im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Von August 2009 bis Ende 2010 war sie Referentin im Brandenburger Sozialministerium, bevor sie Anfang 2011 ins LASV zurückkehrte und Leiterin der Projektgruppe „Umsetzung AG SGB XII“ wurde. Dort folgten Führungspositionen als Leiterin des Dezernats „Organisation“ und seit März 2012 als Leiterin der Abteilung „Zentrale Dienste“. 2023 wurde sie zur Präsidentin des (LASV) ernannt.

Schröter führte in ihrem Grußwort aus, dass es ihr eine große Freude – ja, eine besondere Ehre –, sei, uns im wunderschönen Potsdam zum Bundesgewerkschaftstag der Gewerkschaft der Sozialverwaltung herzlich willkommen heißen zu dürfen.

75 Jahre GdV – das bedeute ein Dreivierteljahrhundert engagierte Interessenvertretung, fachliche Expertise und unermüdlicher Einsatz für die Belange der Beschäftigten in der Sozialverwaltung. Dazu gratuliere sie allen sehr herzlich. Ihr Glückwunsch gelte der GdV als Ganzes, ihren engagierten Mitgliedern, die diesem Verband ein Gesicht geben, und ebenso dem Bundesverband sowie den Landesverbänden.

Die GdV habe über Jahrzehnte hinweg mit hohem Einsatz dazu beigetragen, berufspolitische, berufsrechtliche und fachliche Interessen konsequent und wirkungsvoll zu vertreten. Dieses Engagement sei in der heutigen Zeit wichtiger denn je.

Als besonders schön bezeichnete es Schröter, dass die GdV ihr 75-jähriges Bestehen in diesem Jahr gemeinsam mit dem Sozialverband VdK Deutschland, dem mit über zwei Millionen Mitgliedern größten Sozialverband des Landes, begehen dürfe.



Diese Verbindung unterstreiche einmal mehr die hohe gesellschaftliche Relevanz sozialer Arbeit und gelebter Solidarität, und das seit 75 Jahren. Sie freue sich sehr auf den Impulsvortrag von Frau Verena Bentele, der Präsidentin des VdK.

Dieser Tag biete jedoch nicht nur Anlass zum Feiern. Er sei auch eine wertvolle Gelegenheit, um gemeinsam in den Austausch zu treten – zu aktuellen Entwicklungen, strukturellen Veränderungen und den wachsenden Herausforderungen in der Sozialverwaltung.

Die Umsetzung sozialpolitischer Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung werde uns in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen – insbesondere die in Aussicht gestellte Sozialstaatsreform mit dem Auftrag zur Modernisierung und Entbürokratisierung im Sinne der Bürgerinnen und Bürger und der Verwaltungen.

Ein Rückblick zeige, wie weit wir bereits gekommen sind.

Seit der Wiedervereinigung habe sich die Sozialpolitik – und damit die Sozialverwaltung – insbesondere im Land Brandenburg grundlegend verändert. Anfang der 1990er Jahre standen das Land und die dort lebenden Menschen vor der enormen Aufgabe, bestehende Strukturen in ein neues soziales Regelwerk zu überführen und zugleich neue Angebote zu schaffen, die den Menschen gerecht werden. Diese Phase sei geprägt gewesen von Mut, Pioniergeist, Pragmatismus und dem unbedingten Willen zum sozialen Zusammenhalt.

Eine zentrale Person dieser Aufbauzeit sei Regine Hildebrandt, von 1990 bis 1999 Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen in Brandenburg, gewesen. Ihre Menschlichkeit, ihr unermüdlicher Einsatz für soziale Themen im Land, ihre Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern und ihr feiner, oft humorvoller Blick auf das Alltagsleben bleiben unvergessen – nicht zuletzt durch kleine, charmante Anekdoten wie ihren berühmten „Frankfurter Kranz“, nur echt mit Margarine gebacken, den sie zu besonderen Anlässen selbst backte und mit ins Ministerium brachte. Sie selbst sei ein Sinnbild gelebter Nahbarkeit gewesen – eine Eigenschaft, die insbesondere heute, in unserer digitalen Welt, an Bedeutung zunehme.

Das Motto des Bundesgewerkschaftstags **„Sozial in eine digitale Zukunft“** greife genau diesen Gedanken auf.

Als Vertreterin des Landesamtes für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg mit rund 500 engagierten Mitarbeitenden an den Standorten Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus, könne sie sagen: Dieses Motto ist auch für uns wegweisend.

Dies bedeute konkret:

- Inklusion und Zugänglichkeit:

Wir müssen gewährleisten, dass digitale Angebote für alle Menschen zugänglich sind – unabhängig von Alter, Herkunft oder Behinderung.



➤ Datenschutz und Sicherheit:

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger ist ein hohes Gut. Der Schutz ihrer Daten steht bei allen digitalen Entwicklungen an oberster Stelle.

➤ Partizipation:

Digitale Angebote müssen sich an den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer orientieren – und diese sollten in die Entwicklung aktiv einbezogen werden.

➤ Digitale Bildung:

Digitalisierung gelingt nur mit entsprechenden Kompetenzen. Deshalb braucht es sowohl für unsere Mitarbeitenden als auch für die Öffentlichkeit tragfähige Weiterbildungsangebote.

Für all das brauche es nicht nur technische Lösungen, sondern auch ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen in den Sozialverwaltungen. Hier komme die GdV als starke Fachgewerkschaft ins Spiel – als Stimme, die deutlich macht, wo Unterstützung notwendig ist, und die Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder mit Nachdruck ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt.

Denn die Herausforderungen würden zunehmen: demografischer Wandel, Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel, wachsende Anforderungen an Effizienz und Digitalisierung, dazu der steigende Druck auf die öffentlichen Haushalte. Gerade deshalb sei es so wichtig, dass die GdV mit ihrer hohen sozialrechtlichen Expertise für Verlässlichkeit stehe – für soziale Standards, für Beschäftigtenschutz und für eine soziale Verwaltung, die den Menschen dient.

Die Präsidentin des LASV dankte allen Delegierten sehr herzlich für unermüdlichen Einsatz, tägliches Engagement und die wichtige Arbeit, mit der die GdV die soziale Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland mitgestalte.

Christine Schröter beendete ihr Grußwort mit einem Appell:

„Lassen Sie uns auch in Zukunft gemeinsam Verantwortung übernehmen – für eine gerechte, solidarische und zukunftsfähige Sozialverwaltung.

Lassen Sie uns aufeinander hören, voneinander lernen und miteinander Brücken bauen.

Lassen Sie uns nahbar sein.

Ich wünsche Ihnen einen erkenntnisreichen, inspirierenden und verbindenden Bundesgewerkschaftstag!

Vielen Dank.



Grußwort Claus Weselsky, dbb-Vize



*Kein anderer Ehrengast musste sich mehr Delegierten und Gastdelegierten für Selfies zur Verfügung stellen als **Claus Weselsky**. Sein Name ist in ganz Deutschland eine Marke. Nachdem der dbb-Vorsitzende Ulrich Silberbach aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt erklärt hatte und dbb-Vize Waldemar Dombrowski vom vbba - einer Partnergewerkschaft der GdV- ebenfalls wegen einer schweren Erkrankung absagen musste,*

ließ es sich Claus Weselsky nicht nehmen, anderweitige Termine abzusagen, um für den dbb das Grußwort bei der 75-Jahr-Feier der GdV zu übernehmen.

Claus Weselsky stammt aus Dresden, erlernte bei der Deutschen Reichsbahn den Beruf des Schienenfahrzeugschlossers und schloss später die Ausbildung zum Lokführer für Diesel- und E-Lokomotiven ab. Bereits 1990 trat Weselsky in die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GdL) ein. Im Mai 2008 wurde er zum Bundesvorsitzenden gewählt und übte dieses Amt bis 2024 aus. Außerdem ist er seit 2012 stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb.

Ca. 5-10 Minuten sollte das Grußwort von Weselsky dauern, am Ende waren es 35 Minuten in freier Rede. Wenn Weselsky erst einmal in Fahrt ist, kann man ihn eben kaum noch aufhalten. Aber im Gegensatz zu manchem Zug bei der Deutschen Bahn kommt er wenigstens regelmäßig und zuverlässig in Fahrt.

Weselsky übermittelte eingangs die besten Glückwünsche vom Dachverband dbb an die GdV zum Jubiläum und an den mit 100 Prozent der Stimmen wiedergewählten Bundesvorsitzenden Thomas Falke. Eine Wiederwahl sei nicht selbstverständlich, es müsse Leistung dahinterstehen, sonst werde es eben nichts mit der Wiederwahl.

Weselsky bedankte sich bei der GdV und insbesondere auch beim Bundesvorsitzenden Thomas Falke für die Solidarität während des Tarifstreits der Bahn und versicherte ebenfalls die Solidarität umgekehrt.

Er würdigte dann auch die Rolle der GdV innerhalb der dbb-Familie. Die Fachgewerkschaft GdV sei nicht nur der Experte der Versorgungsverwaltung, sondern auch im gesamten sozialen Bereich. Die GdV stehe für Zusammenhalt und Gemeinschaft. Im Interesse ihrer Mitglieder arbeite die GdV getreu nach ihrem Motto: **GEMEINSAM MEHR ERREICHEN!**

Die GdV zeichne weiter eine vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit seit fast 75 Jahren mit dem dbb, dem BMAS und den Sozialverbänden aus. Die GdV stehe außerdem für Kontinuität und Verlässlichkeit nicht nur bei der Zusammenarbeit mit dem



dbb, sondern auch beim Führungspersonal (Nur 6 Bundesvorsitzende und 5 Bundesschatzmeister seit der Gründung der GdV vor 75 Jahren).

Neben den Aufgabenbereichen SGB IX, SGB XIV und dem Elterngeld setze sich die GdV immer für die Belange der Kolleginnen und Kollegen in diesen Gesetzesbereichen ein. Getreu nach dem Motto: „**Der Mensch steht im Mittelpunkt**“.

75 Jahre Gewerkschaftsarbeit mit all ihren Höhen und Tiefen, das verlange viel Kraft, Zeit und Ausdauer und verdiene Respekt und Anerkennung. Demokratie lebe vom ehrenamtlichen Engagement und das lebe die GdV seit 75 Jahren vor.

Weselsky brach dann eine Lanze für das Ehrenamt. Die ehrenamtliche Tätigkeit werde leider oft noch nicht genügend wertgeschätzt, dabei werde sie auch in den kommenden Jahren sehr gebraucht, nicht nur bei den Gewerkschaften, sondern auch in allen anderen sozialen Bereichen. Die Chronik „75 Jahre GdV“ zeige, was Menschen im Ehrenamt leisten und auch schaffen können; leider finde das hohe Engagement in den Gewerkschaften wie auch in vielen anderen Ehrenämtern in der Gesellschaft zu wenig Anerkennung und Würdigung. Ehrenämter dürften der Gesellschaft nicht verlorengelassen, ohne Ehrenamtler komme es sonst zu einem Stillstand.

Weselsky beglückwünschte die GdV dann auch zur starken Verjüngung im Bundesvorstand. Er bezeichnete es als sehr wichtig, auch die Jüngeren an das Ruder zu lassen und somit ein stetiges Wachstum und die Weiterentwicklung zu fördern. Es sei wichtig, rechtzeitig die jungen Menschen mitzunehmen und mit einer klugen Personalpolitik durch junge Mitarbeitende im Bundesvorstand langfristige Strategien zu entwickeln.

Gemeinsamkeit, Zusammenhalt und Solidarisierung, vor allem auch bei Tarifauseinandersetzungen, bezeichnete er als eine hohe Kunst; erst in der Not lerne man die wahren Freunde kennen. Menschen, die von Krankheit gestraft seien, müssten von Menschen aufgefangen werden, auch durch Mitarbeitende mit einem sozialen Verstand.

Weselsky warb auch für starke Gewerkschaften. In diesen herausfordernden Zeiten brauche es nicht nur einen gut aufgestellten Staat, sondern auch starke Gewerkschaften. Sie seien wichtige und unverzichtbare Institutionen unserer sozialen und politischen Ordnung. Für den Bestand unserer Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt seien Gewerkschaften grundlegend. Indem Gewerkschaften gemeinsam Lösungen erarbeiten, im Dialog auf Augenhöhe stehen und die Teilhabe und Mitbestimmung fördern, nehmen sie eine wichtige Rolle in unserem demokratischen Gefüge ein.

Attraktivere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor werde es nur mit starken Gewerkschaften geben, die mit Warnstreiks und Protestaktionen für den nötigen Druck während der Tarifverhandlungen sorgen.

Kritisch äußerte sich Weselsky zum von allen politischen Seiten geforderten Bürokratieabbau und verlieh der Befürchtung Ausdruck, dass Bürokratieabbau für die poli-



tisch Verantwortlichen allein Personalabbau bedeuten solle. Gesetze hätten eben auch eine Bürokratie zur Folge. Eine Aufgabenkritik sei zulässig, müsse sich aber an die Gesetze und nicht an die Mitarbeiter, die diese Gesetze ausführen müssen und der Bürokratie unterliegen, richten.

Weselsky forderte die Gewerkschaften auf, den Bürokratieabbau zu überwachen, damit die Mitarbeiter nicht unter die Räder kommen; dafür brauche es aber starke Gewerkschaften.

Der dbb-Vize bekannte sich auch in aller Klarheit zum Berufsbeamtentum. Wieder einmal würden aktuell Schlagzeilen gesucht, welche die Beamten verunsichern. Dabei sei es derzeit so wichtig wie noch nie, dass die Administration das Land am Laufen halte.

Zum Schluss seines mit viel Applaus bedachten Grußwortes ging Weselsky auch noch auf die Digitalisierung und die Nutzung von künstlicher Intelligenz ein. Digitalisierung sei ein wichtiges Thema für die GdV – entsprechend dem Motto des Gewerkschaftstages „**Sozial in eine digitale Zukunft**“.

Der dbb habe wiederholt die mangelhafte Digitalisierung der Verwaltung (dies gelte auch für die Sozialverwaltung) kritisiert und Verbesserungen gefordert. Weiter unterstütze der dbb grundsätzlich den Modernisierungs- und Digitalisierungsprozess in der öffentlichen Verwaltung. Die Digitalisierung eröffne die Möglichkeit, das Leistungsangebot für Bürgerinnen und Bürger und Wirtschaft sowie die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten zu verbessern. Eine gut gemacht und umfassende Verwaltungsdigitalisierung sei auch für die Abmilderung des Fachkräftemangels essenziell.

Weselsky ging auch auf die Koalitionsvorhaben ein. Sozialleistungen und ein bürgerfreundlicher Sozialstaat werden darin mehrfach thematisiert.

Es fänden sich gute Vorhaben zur Entbürokratisierung und Digitalisierung des Sozialstaates und der Sozialverwaltung im Koalitionsvertrag.

Jetzt komme es aber auf die Umsetzung an. In der Vergangenheit gab es bereits viele Ankündigungen, die am Ende aber in den seltensten Fällen umgesetzt wurden.

Der dbb begrüße grundsätzlich die Reformvorhaben, erwarte aber auch, dass der dbb und seine in diesem Bereich aktiven Fachgewerkschaften – wie die GdV – an dieser Sozialstaatsreform beteiligt und gehört werden. Der Dachverband dbb werde sich weiter einbringen und die Digitalisierung vorantreiben. Künstliche Intelligenz könne die menschliche Intelligenz aber nicht ersetzen.



Zwei die sich verstehen: dbb-Vize Claus Weselsky und GdV-Bundesvorsitzender Thomas Falke



Grußwort Frau Susanne Strehle, Unterabteilungsleiterin BMAS

Als wir vor ca. einem Jahr unser „Save the Date“ an das BMAS sandten, konnten wir noch nicht ahnen, dass sich das BMAS während unseres Gewerkschaftstages durch den Bruch der Ampel-Koalition und den Eintritt des Staatssekretärs Dr. Rolf Schmachtenberg zum 01.04. 2025 in den Ruhestand an der Spitze völlig neu aufstellen muss.



*Kurz vor der öffentlichen Veranstaltung erreichte uns dann auch noch die Nachricht, dass die Leiterin der Abteilung V des BMAS, Frau Annette von Kalckreuth, kurzfristig die neue Ministerin, Frau Bärbel Bas, bei einem Termin begleiten müsse. Unsere öffentliche Veranstaltung wurde dadurch aber in keinsten Weise geschmälert. **Frau Susanne Strehle**, Unterabteilungsleiterin beim BMAS, zeigte sich nicht nur bei dem großen Thema Inklusion, sondern auch in den Details der Versorgungsmedizinverordnung äußerst kenntnisreich.*

Strehle bedankte sich eingangs für die Einladung und für die Organisation der Veranstaltung. Sie drückte ihre Freude darüber aus, dabei sein zu dürfen und gemeinsam das Jubiläum der Gewerkschaft der Sozialverwaltung (GdV) begehen zu können.

Danach kam sie sofort zum aktuellen politischen Geschehen. Der Koalitionsvertrag, den die neue Bundesregierung umsetzen werde, enthalte einen klaren inklusionpolitischen Auftrag. Dort heißt es wörtlich:

„Wir setzen uns für eine inklusive Gesellschaft im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention ein“.

Das sei eine zentrale Aussage, denn die UN-Behindertenrechtskonvention stelle klar, dass Inklusionspolitik ein Instrument zur Verwirklichung von Menschenrechten sei.

Strehle nutzte aber auch die Gelegenheit, um über einige aktuelle inklusionpolitische Themen zu informieren, die in der neuen Legislaturperiode eine Rolle spielen werden.

Ein wichtiger Meilenstein sei mit dem Gesetz zur Förderung eines inklusiven Arbeitsmarkts in der vergangenen Legislaturperiode erreicht worden, mit dem ab dem 1. Januar 2024 die vierte Stufe der Ausgleichsabgabe eingeführt wurde.

Arbeitgeber, die trotz Beschäftigungspflicht bei ihrer Haltung bleiben, keinen schwerbehinderten Menschen beschäftigen zu wollen, zahlen jetzt eine erhöhte Ausgleichsabgabe. Die erhöhte Ausgleichsabgabe ist vermeidbar, wenn ein schwerbehinderter Mensch eingestellt wird.



Dabei helfen seit 2022 die Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber; die EAA.

Das BMAS habe den Aufbau der EAA in den vergangenen zwei Jahren sehr intensiv begleitet.

Besonders die Integrationsämter/Inklusionsämter haben sich um die Einheitlichen Ansprechstellen verdient gemacht. Die flächendeckende Einrichtung der EAA und das Engagement der Mitarbeitenden in den EAA sei eine Erfolgsgeschichte.

Der Koalitionsvertrag sehe nun vor, dass die EAA mit Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation und mit der Bundesagentur für Arbeit besser vernetzt werden.

Ein großes Thema bleibe auch in der neuen Legislaturperiode die Reform der Werkstätten für behinderte Menschen.

Der Koalitionsvertrag stelle die Werkstätten nicht grundsätzlich in Frage, gebe jedoch als klares Ziel vor, dass diese reformiert werden sollen. Konkret heiße das, dass einerseits das Entgelt in der Werkstatt verbessert werden soll, andererseits aber auch mehr Menschen von der Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt wechseln sollen.

Außerdem sehe der Koalitionsvertrag vor, dass der Berufsbildungsbereich in der Werkstatt stärker auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ausgerichtet werde, damit junge Menschen mit Behinderungen eine inklusive Ausbildung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufnehmen und gar nicht erst in den Arbeitsbereich der Werkstatt einmünden.

Der zweite große Schwerpunkt sei die Barrierefreiheit.

Barrierefreiheit sei der Schlüssel zu voller und wirksamer Teilhabe: Daher sei es gut, dass der neue Koalitionsvertrag den Auftrag enthalte, die Barrierefreiheit im privaten und öffentlichen Bereich zu verbessern.

Der wichtigste Baustein zur Verbesserung der Barrierefreiheit in Deutschland werde die Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes sein. Dabei sei vorgesehen, dass die öffentlich zugänglichen Bauten des Bundes bis 2035 barrierefrei sein werden.

Für Verbesserungen der Barrierefreiheit im privaten Bereich könnte sich das BMAS auf Fachebene vorstellen, das im BGG bereits bestehende Benachteiligungsverbot auf private Anbieter von Gütern und Dienstleistungen auszuweiten.

Kernstück wäre dabei die Verpflichtung, angemessene Vorkehrungen bereitzustellen, mit denen auf Verlangen im Einzelfall individuelle Barrierefreiheit hergestellt werden kann.

Dieses Konzept sei in der vergangenen Legislaturperiode in einem Dialogprozess mit vielen wichtigen Stakeholdern besprochen worden. Das BMAS sehe die Verpflichtung zu angemessenen Vorkehrungen für Private als einen gangbaren Weg, mit dem



man sowohl die Interessenverbände und Selbstvertretungen als auch die Wirtschaft gewinnen könnte.

In der Folge widmete sich Strehle dann Themen mit direktem Bezug zur Sozialverwaltung.

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen eine Kommission zur Sozialstaatsreform einzurichten. Hier sollen zentrale Themen besprochen werden wie Rechts- und Verwaltungsvereinfachungen, ein rascherer Vollzug – u.a. durch Digitalisierung –, die Möglichkeit von Pauschalierungen bis hin zur Zusammenlegung von Sozialleistungen.

Ein weiteres wichtiges Thema, mit dem sich BMAS in dieser Legislaturperiode befassen werde, sei die Einführung eines Europäischen Behindertenausweises.

Mit dem EU-Behindertenausweis solle ein einheitlicher Standard geschaffen werden, der das Reisen für die Menschen mit Behinderungen innerhalb der EU einfacher mache. Wer einen solchen Ausweis besitzt, kann in anderen Ländern von denselben Vorteilen profitieren wie Menschen mit Behinderungen in dem jeweiligen Mitgliedstaat - sei es in Bezug auf Zugang zu speziellen Dienstleistungen oder ermäßigten Eintritt. Dies schaffe mehr Rechtssicherheit und stärke die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf europäischer Ebene.

Der Ausweis soll perspektivisch nicht nur in physischer, sondern auch in digitaler Form bereitgestellt werden. Das sehe der Koalitionsvertrag auch für den nationalen Schwerbehindertenausweis vor.

Nach der Verabschiedung der Richtlinien auf europäischer Ebene gelte es nun, die Vorgaben in das nationale Recht umzusetzen. Dafür habe die Bundesrepublik Deutschland insgesamt 30 Monate Zeit.

Vorarbeiten hierzu hätten bereits begonnen. Allerdings werde es noch nachgelagerte Rechtsakte der EU-Kommission geben, die die Vorgaben der Richtlinien konkretisieren. Diese müssten abgewartet und bei der Umsetzung des Vorhabens berücksichtigt werden.

Eng verknüpft mit dem Schwerbehindertenausweis ist die Versorgungsmedizin. Strehle informierte in diesem Zusammenhang auch über den aktuellen Sachstand zur Überarbeitung der Versorgungsmedizin-Verordnung. Auch diese solle zur einfacheren Anwendung der Regelungen und mehr Klarheit führen.

Der neue Beirat Versorgungsmedizinische Begutachtung, dem nun auch ein Vertreter aus der Versorgungsverwaltung angehört, hat im Dezember 2024 einen fast einstimmigen Beschluss über einen neuen Teil A - Gemeinsame Grundsätze - der VersMedV gefasst.

Die eingesetzte Redaktionsgruppe und der Beirat haben die bereits existierenden Regelungen „auf Herz und Nieren“ geprüft und kamen danach zu dem Schluss, dass die Regelungen im Teil A sich grundsätzlich bewährt haben. Es wurde also entschieden, keine grundlegenden inhaltlichen Änderungen am Teil A vorzunehmen.



Es seien jedoch einige Verbesserungen und Vereinfachungen geplant: Der Teil A wurde etwas besser strukturiert, die Begrifflichkeiten wurden modernisiert. Außerdem wurden einige Regelungen klarer gefasst. So enthält beispielsweise der neue Teil A jetzt eine Definition der Heilungsbewährung. Eine solche Definition gab es bisher nicht. Ihr Fehlen hat immer wieder zu Fragen oder Missverständnissen geführt. Auch die Regelungen zur Bildung des Gesamt-GdB sind jetzt sehr viel klarer formuliert.

Die Änderungsverordnung, die die Empfehlungen des Beirates umsetzt, befindet sich bereits im Verfahren. Die Länder- und Verbändebeteiligung ist vor Kurzem abgeschlossen worden. Als Nächstes muss der Bundesrat beteiligt werden

Im Anschluss an den Teil A, der für alle Begutachtungen gilt, wird der Beirat nun nach und nach über die einzelnen Kapitel des Teils B beraten. Auch da wird geprüft, ob und wie die Regelungen einfacher und klarer gestaltet werden können.

Die aktuellen sozialpolitischen Vorhaben zeigten aus der Sicht von Frau Strehle: „Noch gibt es viele Baustellen. Wir haben aber gute Pläne und viel vor“.

Auch das Grußwort von Frau Strehle schloss mit einem Appell:

„Echte Inklusion kann Politik nicht allein erreichen. Dafür brauchen wir viele Unterstützer auf allen Ebenen. Seit mittlerweile 75 Jahren setzt sich die GdV für die Belange der Sozialverwaltung ein. Für Ihre wertvolle Arbeit möchte ich Ihnen danken. Denn Ihr Engagement kommt nicht nur Ihren Mitgliedern, sondern auch den Menschen mit Behinderungen zugute: Die Maßnahmen, die wir auf den Weg bringen, sind ohne eine starke Sozialverwaltung nicht denkbar. Deren täglicher Einsatz ist der Schlüssel dafür, dass die Inklusion auch tatsächlich in der Praxis umgesetzt wird. Gemeinsam bringen wir diese Aufgabe voran.

Alles Gute und vielen Dank“



Foto: Pixabay



Grußwort Frau Verena Bentele, Präsidentin VdK



Verena Bentele muss man nicht vorstellen. Viele von uns kannten sie schon als eine der erfolgreichsten bundesdeutschen Biathletinnen. Sie wurde viermal Weltmeisterin und zwölfmal Paralympics-Siegerin. Dabei gewann sie allein fünf Goldmedaillen bei den Winter-Paralympics 2010 in Vancouver. Bentele, die auf einem Biobauernhof am Bodensee

aufgewachsen und von Geburt an blind ist, hätte sich auf dem Erfolg ausruhen und diesen in viel Geld ummünzen können.

Stattdessen hat sie sich entschieden, sich auf hoher Ebene sozialpolitisch zu engagieren. Von Januar 2014 bis Mai 2018 war sie die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung. Seit Mai 2018 leitet sie als Präsidentin den größten deutschen Sozialverband VdK. 2023 wurde sie außerdem an die Spitze des VdK Bayern gewählt.

Bentele gratulierte im Namen des Sozialverbands VdK Deutschland eingangs herzlichst der GdV zum 75-jährigen Bestehen der GdV.

GdV und VdK verbinden nicht nur das ungefähr gleiche Alter (auch der VdK habe dieses Jahr den 75. Geburtstag gefeiert), sondern auch gleiche Themen. Der VdK wurde unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet, um die Interessen von Kriegsoptionen, Kriegsbeschädigten, Kriegswitwen und -waisen sowie Flüchtlingen zu vertreten und ihnen zu helfen. Die Verbesserung der materiellen und gesellschaftlichen Situation dieser Menschen war das zentrale Anliegen des VdK in den Anfangsjahren und der Verband setzte sich maßgeblich für die Einführung des Bundesversorgungsgesetzes ein, das ein einheitliches Versorgungsrecht für alle Kriegsoptionen in Deutschland schuf.

Die Umsetzung sei stets mit und an der Seite der Beschäftigten in den Versorgungsämtern geschehen. Auch, wenn der VdK in der Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder z. B. im Widerspruchs- oder Klageverfahren „auf der anderen Seite“ stehe, so werde ihr immer wieder aus vielen Bundesländern eine konstruktive und fruchtbare Zusammenarbeit berichtet. Diese Kontakte würden auch auf Bundesebene gepflegt und es finde ein regelmäßiger Austausch zwischen der Abteilung Sozialpolitik des VdK und Herrn Falke und Herrn Eichmeier statt, worüber sie sich sehr freue, auch, wenn beide Organisationen nicht immer die gleiche Meinung vertreten mögen. Der Austausch sei immer sehr konstruktiv, angenehm und auf Augenhöhe.

Bentele führte weiter aus, dass der VdK wisse, dass die Aufgaben in der Sozialverwaltung wachsen und die Beschäftigten mehr als eine Reform und Umstrukturierung hinter sich hätten.



Derartige Reformen hätten immer auch Auswirkungen auf die Beschäftigten in den Verwaltungen, aber auch auf die Menschen, die der VdK berät und vertritt. Daher stand der VdK in diesen Zeiten stets solidarisch an der Seite der Beschäftigten in den Verwaltungen.

Bentele verband ihr Grußwort aber auch mit mahnenden Worten.

Heute würden Forderungen nach „Bürokratieabbau“ als Allheilmittel für komplexe Verwaltungsprobleme präsentiert, ohne die tatsächlichen Auswirkungen und Herausforderungen differenziert zu beleuchten. Das klinge auch zunächst einleuchtend.

Verwaltung müsse aber im Sinne der Menschen voran- und weitergebracht werden. Pauschalierungen sollten nicht dazu führen, dass Menschen nicht mehr wahrgenommen und nicht mehr nach Bedarf unterstützt werden. Bentele beleuchtete dabei (wohl in Anspielung an das „Durchpeitschen“ der Reformen beim Bürgergeld und Wohngeld) die Geschwindigkeiten der Veränderungen.

Reformen müssten auch umsetzbar sein und die Beschäftigten darauf gut vorbereitet werden. Änderungen und Anpassungen in der Versorgungsmedizinverordnung seien wichtig, müssten sich aber immer an der Frage orientieren, was ein guter Sozialstaat bedeute.

Abschließend wies Bentele in ihrem Grußwort nochmals darauf hin, dass den VdK und die GdV gleiche Themen verbinden. So wie sich der VdK maßgeblich für die Einführung der Kriegsopferversorgung eingesetzt habe, bestehe nun die Notwendigkeit auch der Neuorientierung der Sozialverwaltung. Grundsätzlich würden sich aber auch die Ziele und Interessen der Mitglieder des VdK, der Politik und der GdV verbinden. In den nächsten Jahren werde sich zeigen, was es bedeute, einen gut funktionierenden Sozialstaat zu haben.

Ihr Schlusswort:

„Im Namen des gesamten Sozialverbands VdK wünsche ich der Gewerkschaft der Sozialverwaltung weiterhin viel Erfolg, Kraft und Ausdauer für die kommenden Jahre. Lassen Sie uns auch in Zukunft gemeinsam daran arbeiten, den Sozialstaat zu stärken und soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen“.



Verena Bentele und Thomas Falke



Grußwort Frau Michaela Engelmeier, Vorstandsvorsitzende SoVD Deutschland



Michaela Engelmeier war unter anderem von 2009 – 2021 Beisitzerin im Bundesparteivorstand der SPD, von 2013 - 2017 Mitglied im Deutschen Bundestag, dabei Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sportpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion im Sportausschuss sowie Mitglied im SPD-Fraktionsvorstand. Seit 2023 ist sie

Vorstandsvorsitzende des Sozialverbandes Deutschland (SoVD). Der SovD feierte im Jahr 2017 schon sein 100-jähriges Jubiläum. Bereits 1917 wurde er unter dem Namen Reichsbund zunächst als Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten in Berlin gegründet, verstand sich damals aber auch schon als ein demokratischer und fortschrittlicher sozialer Interessenverband. Der Reichsbund wirkte schon bei den Gesetzgebungsvorarbeiten für das Reichsversorgungsgesetz, das am 12. Mai 1920 verabschiedet wurde und bei der Schaffung des Gesetzes über die Beschäftigung Schwerbeschädigter 1923 -mit Durchsetzung des Kündigungsverbotes für Schwerbeschädigte- mit.

Das soziale Engagement von Michaela Engelmeier kommt nicht von ungefähr. Nach einer Ausbildung zur staatlich geprüften und anerkannten Erzieherin und einem Studium der Wirtschaftswissenschaften leitete sie unter anderem eine Kindertagesstätte und arbeitete auch als Bezugspädagogin und Judolehrerin an einer Förderschule für soziale und emotionale Entwicklung.

Michaela Engelmeier darf man bloß nicht unterschätzen. Sie war lange Jahre aktive Leistungssportlerin in der Judo-Bundesliga sowie Mitglied der Deutschen Judo-Nationalmannschaft der Frauen. Von daher muss man immer damit rechnen, ganz schnell auf der Matte zu landen, wenn man ihr begegnet.

Michaela Engelmeier bedankte sich eingangs in ihrem Grußwort herzlichst für die Einladung und drückte ihre Freude darüber aus, gemeinsam mit uns 75 Jahre Gewerkschaft der Sozialverwaltung feiern zu dürfen und damit auch fast 75 Jahre vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der GdV und dem Sozialverband Deutschland, dem SoVD.

Sie wies darauf hin, dass die GdV unter anderem die Beschäftigten der Sozialverwaltungen in den Ländern und Kommunen, die in den Bereichen Soziales Entschädigungsrecht, Inklusion und Feststellungsverfahren nach dem SGB IX tätig sind, vertreten.



Als ältester Sozialverband Deutschlands vertrete der SoVD die Anliegen von über 650.000 Mitgliedern und sei eine starke Stimme für die sozialen Belange der Menschen in unserem Land.

Der SoVD kenne die Anliegen der Menschen aus der Sozialberatung, die gerade von Menschen mit Behinderung häufig aufgesucht werde.

Diese lassen sich beim SoVD etwa zur Erwerbsminderungsrente, zur Beantragung von Nachteilsausgleichen und auch zu Assistenzleistungen beraten.

Viele von ihnen seien mit den komplexen Antragsverfahren und diversen Ansprechpartner*innen überfordert. Deshalb seien sie genauso wie die Mitarbeitenden in den Behörden an einer Vereinfachung der Sozialgesetzgebung interessiert.

Doch der SoVD wisse auch, dass die Fälle häufig sehr unterschiedlich seien und eine individuelle Betrachtung der Umstände der jeweiligen Betroffenen daher unerlässlich sei.

Dieser Tage beschäftige den SoVD vor allem die Regierungsbildung. Schließlich würden hier große Veränderungen anstehen.

Michaela Engelmeier forderte in diesem Zusammenhang endlich verpflichtende Vorgaben für den Ausbau der Barrierefreiheit in der Privatwirtschaft und eine Reform der Werkstätten für behinderte Menschen.

Beides werde im Koalitionsvertrag angekündigt, leider seien die Formulierungen hier „recht weich“. Eine Umsetzung sei also nicht selbstverständlich.

Engelmeier kam auch auf die neue Sozialministerin zu sprechen. Zum Glück hätten wir mit Bärbel Bas nun eine kämpferische Ministerin im BMAS. Sie sei sich sicher, diese werde „die Dinge angehen“.

Engelmeier betonte, dass genau deshalb Veranstaltungen -wie die öffentliche Veranstaltung beim Bundesgewerkschaftstag der GdV- so wichtig seien; Veranstaltungen, in denen wir zusammenkommen, uns austauschen und vielleicht auch mal streiten – damit wir dann vereint und gemeinsam für eine gute Politik für Menschen mit Behinderung kämpfen könnten.

Genauso wichtig sei es aber auch, den Blick zurück zu wenden, sich zu erinnern, was wir alle, aber gerade auch die GdV, bereits geschafft hätten.

Engelmeier schloss ihr Grußwort mit herzlichen Worten des Dankes an die GdV:

„Denn wir sind heute hier, um Sie zu feiern. Ihren unermüdlichen Einsatz, für die vielen Menschen, die sich tagtäglich mit den Komplexitäten der Sozialgesetzgebung befassen und damit den großen Beitrag, den Sie gemeinsam zur Verbesserung der Lebensrealitäten von Menschen mit Behinderung mit viel Engagement in ganz Deutschland leisten.“



Festrede 75 Jahre GdV, Jürgen Dusel, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung



Jürgen Dusel war von Anfang an unser Wunschkandidat für die Festrede. Wir suchten nach einer Persönlichkeit von bundespolitischer Bedeutung, die aus der Versorgungsverwaltung stammt und die GdV bestens kennt. Unser Ehrenmitglied Detlef Mangler ist mit Jürgen Dusel bestens bekannt. Dusel arbeitete ab 1996 als Jurist bei der Hauptfürsorgestelle des Landes

Mecklenburg-Vorpommern. 1998 wurde er zum Leiter des Dezernats Heimaufsicht/überörtliche Betreuungs-Behörde beim Landesamt für Soziales und Versorgung des Landes Brandenburg (LASV) bestellt. 2002 übernahm er die Leitung des Integrationsamtes im Landesamt für Soziales und Versorgung Brandenburg.

Die Versorgungsverwaltung und deren Aufgaben sind ihm damit aus dieser Zeit bestens bekannt.

*2010 wurde Dusel zum Beauftragten der **Landesregierung** für die Belange behinderter Menschen **in Brandenburg** und 2018 zum Beauftragten der **Bundesregierung** für die Belange von Menschen mit Behinderungen ernannt. Seine Teilnahme an der öffentlichen Veranstaltung war bis zuletzt unsicher. Er hatte Terminkollisionen und wusste bis kurz vor dem Bundesgewerkschaftstag noch nicht einmal, ob er noch im Amt sein wird, schließlich hatte der neue Bundeskanzler die Streichung vieler Beauftragten angekündigt. „Ich muss zu Euch kommen, ich bin ja einer von Euch“, mit diesen Worten hatte er uns am Rande des Feierlichkeiten 75 Jahre VdK in Berlin Hoffnungen gemacht. Am Ende konnte er es sich sogar einrichten, nicht nur die Festrede zu halten, sondern auch noch an der Podiumsdiskussion teilzunehmen.*

Jürgen Dusel bezeichnete seine Tätigkeit als Beauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen als seine Berufung.

Er lobte die beeindruckenden musikalischen Darbietungen der SGB9-Band. Diese sei ein Zeichen, wie Inklusion funktionieren könne.

Im Folgenden erläuterte er seine engen Beziehungen zur Versorgungsverwaltung und GdV. 1996 sei er zu dieser Verwaltung gestoßen und seitdem immer für Menschen mit Behinderungen tätig gewesen; er komme aus dieser Verwaltung und wisse, wie diese funktioniere. Sein Bezug zur Versorgungsverwaltung habe aber viel früher begonnen. Sein Vater sei schwer kriegsbeschädigt gewesen und durch Bombensplitter und Glassplitter erblindet.



Durch die geschichtliche Betrachtung der Kriegsoffer bestehe für uns alle die Verantwortung, gegen Hass, Menschenverachtung und Kriegstreiberei einzustehen. Wir müssten uns für die Demokratie einsetzen und diese verteidigen.

Dusel blickte noch einmal auf das Jahr 1950 und die Verabschiedung des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) zurück. Damals habe die Kriegsopferversorgung hauptsächlich nur Linderung der schieren Not auf Grund der Kriegsverletzungen bedeutet. Heute könnten Menschen mit Behinderung alle Arbeitsplätze besetzen, wenn die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden.

Dusel setzte seine Zeitreise in die Vergangenheit dann mit einem weiteren Meilenstein, der Überleitung des sozialen Entschädigungsrechts in das Schwerbehindertenrecht 1974, fort.

1990 folgte mit dem Einigungsvertrag eine weitere große Weichenstellung. Seinerzeit wurden mustergültige Landessozialverwaltungen in allen fünf neuen Bundesländern aufgebaut. Der Aufbau der Versorgungsverwaltung erfolgte damals mit Unterstützung der westdeutschen „Konsulenten“. Diesen Begriff habe er sich gemerkt. Die Konsulenten hätten Herausragendes geleistet.

Dusel widmete sich dann ausführlich dem Thema Inklusion. Lange Jahre hatte er als Leiter eines Inklusionsamtes diese Aufgabe aus der Perspektive der Verwaltung wahrgenommen. Teilhabe und Inklusion seien nicht nett, sondern urdemokratisch. Bei der Inklusion gehe es um die Bürgerinnen und Bürger mit Behinderungen in unserem Land. Verpflichtend seien dabei die Möglichkeiten zu schaffen, dass diese Menschen in das Leben eingebunden werden und gleichberechtigt teilhaben können.

Menschen mit Behinderungen haben die gleichen Rechte, wie alle anderen Menschen auch. Der Staat müsse Strukturen dafür schaffen und gewährleisten, dass die Inklusion in unserem Land gelebt werden kann. Die Verwaltung müsse auch gut ausgestattet und qualifiziert sein. Eine effiziente Verwaltung sei wertvoll. Recht könne nur dann gut umgesetzt werden, wenn die Mitarbeitenden dazu entsprechend ausgestattet werden. Dafür müssen personelle Ressourcen geschaffen werden.

Dusel zeigte dann auch die Auswirkungen von fehlenden personellen Ressourcen auf die Entscheidungen nach dem SGB IX auf. Längere Antragsbearbeitungszeiten in der Sozialverwaltung seien alles andere als gut für das Land. Viele Entscheidungen hätten schließlich Einfluss auf die Lebenswege der Menschen mit Behinderungen.

Dusel warb mit diesen Worten mit Nachdruck für eine gut funktionierende Sozialverwaltung.

Er wies in diesem Zusammenhang aber auch auf ein großes Problem hin. Die Zuständigkeiten für die unterschiedlichsten Lebens- und Leistungsbereiche herauszufinden, sei viel zu kompliziert und binde Zeit und Energien.



Dusel ging auch auf das große Thema Digitalisierung und Nutzung von künstlicher Intelligenz (KI) ein. Es sei eine Bestandsaufnahme nötig, wo Deutschland beim Thema Digitalisierung aktuell stehe. Das Thema Digitalisierung in Deutschland wurde gerade durch die Pandemie auf die Probe gestellt und die Unzulänglichkeiten wurden deutlich aufgezeigt.

Insbesondere beim Umgang mit Menschen mit Behinderung müssten auch die Grenzen der Digitalisierung diskutiert werden. Menschen mit Behinderungen benötigen barrierefreie Medien. Nachteile erwachsen den Menschen und den Mitarbeitenden dann, wenn die Digitalisierung nicht barrierefrei sei. Leider wiederhole sich nach seiner Erfahrung hier immer wieder der gleiche Fehler: Erst werde eine digitale Infrastruktur geschaffen und dann festgestellt, dass diese nicht barrierefrei sei. Barrierefreiheit dürfe nicht „on top“ gesehen werden, sie sei ein Qualitätsmerkmal für eine moderne Infrastruktur.

Dusel bezeichnete die menschliche Dummheit als das Gegenteil von „gehypter“ KI. Hinter Entscheidungen der KI stehe dagegen die Intelligenz der Menschen. Damit müsste unbedingt verhindert werden, dass verzerrte Datensätze als Grundlage für falsche Ergebnisse verwendet werden. Hier seien klare Regulierungen zwingend erforderlich. Die KI sei nicht neutral, über Menschen müssten weiterhin Menschen entscheiden. Die KI solle die Menschen unterstützen, nicht Menschen ersetzen.

Dusel schloss seine Ausführungen, für die er mit langanhaltendem Applaus bedacht wurde, mit einem Dank an die Beschäftigten der Sozialverwaltung für die geleistete Arbeit. Er wisse, nur allzu gut, welche Herausforderungen die Sozialverwaltungen täglich meistern müssten.

Er bedankte sich ausdrücklich bei der GdV für die Arbeit zum Wohle der Menschen. Die GdV Sorge mit ihrer Arbeit für gesellschaftlichen Zusammenhalt und leiste damit einen wertvollen Beitrag zur Demokratie.

Arbeit per se Sorge für gesellschaftlichen Zusammenhalt und sei auch ein Ausgleich zu den persönlichen Schicksalszuweisungen. Der Sozialstaat sei dazu ein kollektives Korrektiv.

Abschließend bestellte er der GdV die besten Grüße der neuen Ministerin Bärbel Bas zum Jubiläum.



Potsdamer Resolution und Leitantrag als Grundlage der Podiumsdiskussion

Im Vorfeld des Bundesgewerkschaftstages wurde den Teilnehmern an der Podiumsdiskussion der als „**Potsdamer Resolution**“ formulierte Leitantrag als Grundlage für die Podiumsdiskussion übersandt.



GdV - Bundesgewerkschaftstag 2025

Potsdamer Resolution der Gewerkschaft der Sozialverwaltung (GdV)

Sozial in eine digitale Zukunft

Der Bundesvorstand der GdV wird darin aufgefordert, sich einzusetzen:

1. Für eine aufgabenadäquate Personalausstattung in den Sozialverwaltungen der Länder und Kommunen; soziale Gerechtigkeit erfordert eine zeitnahe Entscheidung über Anträge auf Sozialleistungen.
2. Für eine stärkere Pauschalierung in der Sozialgesetzgebung: So viel Pauschalierung wie möglich, so wenig Einzelfallregelung wie nötig
3. Für Investitionen in eine moderne digitale Sozialverwaltung
4. Für eine auf digitale Bedürfnisse und die Nutzung von KI ausgerichtete Sozialgesetzgebung
5. Für verbindliche digitale Standards, eine deutliche Reduzierung der Schnittstellen und eine digitale Plattform für die Sozialverwaltung
6. Für eine „echte“ Anhörung der Verbände im Sozialgesetzgebungsverfahren. Mit „Alibi-Anhörungen in ultrakurzen Fristen“, die weder die Expertise der Verbände noch die Argumente der Exekutive berücksichtigen, muss endlich Schluss sein.

Begründung:

Zu 1. Die Sozialverwaltungen der Länder und Kommunen haben in den letzten Jahrzehnten weiter an Stellenwert verloren. Priorität genießen vor allem die Bereiche Bildung, innere Sicherheit, Justiz, Forschung und Wissenschaft, deren Verwaltungen regelmäßig öffentlichkeitswirksam personell verstärkt wurden. Die Sozialverwaltun-



gen sind dagegen personell oft vernachlässigt worden und sind heute vielerorts nicht mehr in der Lage, die Sozialleistungen zeitnah auszureichen. Zuletzt sind die Laufzeiten im Schwerbehindertenrecht stark angestiegen. Es ist unzumutbar, dass Menschen mit Behinderungen monatelang auf einen Bescheid warten müssen. Damit bestraft man die Schwächsten in der Gesellschaft. Die GdV fordert daher eine schnelle und umfassende personelle Aufstockung der Sozialverwaltungen, um sicherzustellen, dass Sozialleistungen zeitnah und gerecht bearbeitet und gewährt werden können. Soziale Gerechtigkeit darf nicht länger durch personellen Mangel behindert werden.

Zu 2. In den letzten Jahren gab es kaum Änderungen an Sozialleistungsgesetzen, die tatsächlich zu Verwaltungsvereinfachungen geführt haben. Ein Beispiel ist das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG), das seit seiner Einführung 2007 stetig verkompliziert wurde und sich mittlerweile zu einem wahren bürokratischen Monster entwickelt hat. Die Bemühungen des Bundesgesetzgebers, den Eltern möglichst viele Wünsche zu erfüllen und im Gesetz möglichst viele mögliche Konstellationen abzudecken, haben zu einem immensen Verwaltungs- und Beratungsaufwand geführt, der mittlerweile von den Elterngeldstellen nicht mehr bewältigt werden kann. Auch im sozialen Entschädigungsrecht wurde bei der Einführung des SGB XIV die Chance verpasst, den ausdifferenzierten Leistungsteil zu vereinfachen. Das muss sich bei der anstehenden Evaluierung/Novellierung ändern. Im Vollzug des Feststellungsverfahrens nach dem SGB IX möchte die GdV keinesfalls Ermessens- oder Beurteilungsspielräume abschaffen, sondern diese lediglich auf das notwendige Maß reduzieren. Die differenzierte Gesamt-GdB-Feststellung in 10er Graden führt zu Rechtsunsicherheiten, da selbst Gutachter vor Gerichten oft zu stark abweichenden Ergebnissen kommen. Ein einfacheres 3- bis 4-Stufensystem wäre gerechter, transparenter und würde die Anzahl der Klagen reduzieren. Die GdV fordert daher eine Vereinfachung und Entbürokratisierung der Sozialleistungsgesetze.

Zu 3. In vielen Bundesländern wurde in der Vergangenheit nicht in nötigem Maße in die digitale Infrastruktur der Sozialverwaltungen investiert. Dabei hat die Politik fast ausschließlich ihre Aufmerksamkeit dem Online-Zugangsgesetz gewidmet und die weiterführende Digitalisierung der Verwaltung sträflich vernachlässigt. Eine effiziente Sozialverwaltung ist die Grundlage für die schnelle und unbürokratische Bearbeitung von Anträgen auf Sozialleistungen. Um dies zu gewährleisten, sind Investitionen in die Digitalisierung unverzichtbar. Digitale Prozesse reduzieren den Verwaltungsaufwand, beschleunigen Abläufe und verbessern den Service für Bürgerinnen und Bürger. Die GdV fordert daher gezielte Investitionen in moderne, digitale Sozialverwaltungen, die sowohl den Anforderungen der Beschäftigten als auch den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden.

Zu 4. Die GdV hat in der Vergangenheit wiederholt die Forderung nach einem einheitlichen Einkommensbegriff erhoben und zuletzt auch im Mai 2024 in die dbb-Grundsatzkommission Sozialpolitik eingebracht. Die Definition des zu berücksichti-



genden Einkommens im Elterngeldgesetz unterscheidet sich z.B. vom Sozialversicherungsrecht und Steuerrecht. Das macht einen vernünftigen elektronischen Datenaustausch selbst bei allen technischen Möglichkeiten fast unmöglich, weil die Daten immer händisch zusammengesammelt werden müssen. Die Beurteilungs- und Ermessensspielräume in den Sozialgesetzen erschweren nicht nur den digitalen Vollzug, sondern hindern auch den effektiven Einsatz von KI. Regelungen über Erstattungsansprüche binden Ressourcen mehrerer Leistungsträger, verlängern Entscheidungsprozesse und müssen daher dringend vereinfacht werden, um die Digitalisierung und den Einsatz neuer Technologien zu ermöglichen. Die GdV fordert daher zur Verwaltungsvereinfachung die Standardisierung von Begrifflichkeiten in Gesetzen sowie die Förderung der Digitalisierung und den gezielten Einsatz von Künstlicher Intelligenz in den Sozialverwaltungen.

Zu 5. Ein guter Ansatz, die Daten und nicht die Menschen laufen zu lassen ist das Projekt „ELFE“ der Stadt Bremen. Mit „ELFE“ (Einfach Leistungen für Eltern) werden die Formulare für Elterngeld, Namensfestlegung und Kindergeld zu einem einzigen digitalen Kombiantrag über ein einheitliches Antragsportal zusammengefasst. ELFE legt den Grundstein für die Verknüpfung von Online-Anträgen mit automatisierten Datenaustauschen zwischen Arbeitgebern und Behörden nach dem Once-Only Prinzip. In Zukunft können viele Leistungen mit Hilfe dieses Verfahrens einfacher und schneller bearbeitet werden. Dieses Prinzip soll aus Sicht der GdV künftig auf weitere Leistungen übertragen und weiterentwickelt werden. Obwohl bereits Ansätze wie XÖV, XFamilie, XPersonenstand usw. zur Schaffung einheitlicher Standards bestehen, wird die Praxis nach wie vor von verschiedenen Standards und spezialisierten Formaten für jedes Datenaustauschverfahren geprägt. Die GdV fordert daher verbindliche digitale Standards, eine deutliche Reduzierung der Schnittstellen und die Schaffung einer zentralen digitalen Plattform für die Sozialverwaltungen.

Zu 6. Vernünftige Gesetze brauchen Zeit. Nötig sind auskömmliche Fristen und die Expertise der Verbände im Gesetzgebungsverfahren. Der Nationale Normenkontrollrat hat im Jahresgutachten von 2023 festgestellt, dass diese Zeit von der Politik nicht mehr gewährt wird. Dabei würde mehr Qualität in der Gesetzgebung aufwändige Korrekturen und Verzögerungen im Vollzug ersparen. Doch die Bundesregierung ignorierte mit wachsender Regelmäßigkeit die Bestimmungen zur Einbindung der Ressorts, des NKR sowie betroffener Länder, Verbände und interessierter Kreise. Nur 25% der Gesetzgebungsvorhaben beachten die Mindestfristen. Die GdV hat bereits mehrfach Erfahrungen mit „Alibi“-Anhörungen gemacht, z.B. betrug die Frist zur Äußerung vor der Anhebung der Behindertenpauschbeträge nur 3 Tage. Diese Praxis muss endlich beendet werden, um die Qualität der Gesetzgebung zu sichern und die ernsthafte Beteiligung der relevanten Akteure zu gewährleisten. Die GdV fordert daher verbindliche, auskömmliche Fristen in Gesetzgebungsverfahren, die eine ernsthafte und qualifizierte Beteiligung der Verbände sowie aller relevanten Beteiligten ermöglichen.



Die Podiumsdiskussion



Zu **Michaela Engelmeier, Verena Bentele, Jürgen Dusel und Susanne Strehle** gesellte sich auf dem Podium zur Diskussionsveranstaltung für die GdV **Harald Trieschmann (links im Bild)**, der bis 2025 insgesamt 14 Jahre den GdV-Landesverband Sachsen-Anhalt führte. Die Wahl fiel nicht von ungefähr auf Harald Trieschmann. Als Referatsleiter für SGB XIV und SGB IX beim Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt konnte er die Bandbreite der Themen rund um das Feststellungsverfahren nach dem SGB IX, die Inklusion und das soziale Entschädigungsrecht in einer Person vollumfänglich abdecken.

Harald Trieschmann nutzte den Einstieg in die Diskussionsrunde um auf die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des neuen sozialen Entschädigungsrechts (SER) hinzuweisen. Gerade das Attentat auf den Weihnachtsmarkt in Magdeburg im Dezember letzten Jahres mit den damit verbundenen vielen hunderten Anträgen habe gezeigt, dass das Regelwerk des SGB XIV nach wie vor zu kompliziert und schwierig umzusetzen sei. Trieschmann sprach auch die nach wie vor bestehenden Probleme mit den Kausalitätsfragen im SER an. Auch der neue Gesetzestext im SGB XIV habe diese Probleme nicht klar und widerspruchsfrei lösen können. Trieschmann kritisierte auch, dass Änderungsanträge der Länder im Vorfeld nicht berücksichtigt wurden, so dass nun doch wieder Änderungsgesetze notwendig seien, um geltendes neues Recht umsetzen zu können. Für das Fallmanagement wären in Sachsen-Anhalt lediglich 2 Stellen bewilligt worden und nach dem Anschlag in Magdeburg eine weitere Stelle. Dies sei völlig unzureichend.

Michaela Engelmeier äußerte sich durchaus positiv zum neuen SGB XIV. Das Angebot der schnellen Hilfen sei ein Fortschritt, aber zu kompliziert.

Verena Bentele wies darauf hin, dass auch die neuen Leistungen nach dem SGB XIV nach wie vor viel zu wenig bekannt seien. Sie sprach auch die Schwierigkeiten bei der Antragstellung und die Bemühungen des VdK für Antragsvereinfachungen an. Der Spagat, diese Anträge zu vereinfachen und verständlich zu gestalten, werde noch lange andauern.

Jürgen Dusel gab zu bedenken, dass bei jeder Reform natürlich auch Fehler gemacht werden. Wichtig sei es daher, dass bei Gesetzesvorhaben kompetente Mitarbeiter aus der Verwaltung von Anfang an in allen Bereich mitarbeiten und sich ge-



meinsam mit einbringen können. Gesetze müssten den Menschen leichter gemacht werden. Das sei eine wichtige Aufgabe in der Zukunft.

Susanne Strehle zeigt die positiven Auswirkungen des SGB XIV auf, besonders hinsichtlich der Traumaambulanzen und Soforthilfen, die von niemandem in Frage gestellt würden. Strehle bat aber auch die GdV und die Sozialverbände um Verständnis, dass das BMAS jetzt das neue Recht erst einmal seine volle Wirkung entfalten lassen möchte. Selbstverständlich werde sich das BMAS auch weiterhin mit den bestehenden Gesetzen beschäftigen und diese auf den Prüfstand nehmen. Sie berichtete auch, dass ein Forschungsprojekt zu Großschadensereignissen in Vorbereitung sei.

Jürgen Dusel wies nochmals auf die Qualität der Arbeit der Beschäftigten in der Versorgungsverwaltung hin und appelliert an die politisch Verantwortlichen, für diese Verwaltung einzustehen. Dies gelte auch für die Personalausstattung.

Zweites großes Thema bei der Diskussionsrunde war dann die Fortentwicklung der Versorgungsmedizinverordnung. Frau Strehle hatte hierzu bereits im Grußwort den aktuellen Stand ausführlich dargestellt. Sie betonte, dass das BMAS beim Versuch die UN-Behindertenrechtskonvention in die Versorgungsmedizinverordnung zu implementieren, rückblickend mit Sicherheit nicht alles richtig gemacht habe. Es könne in der Praxis nicht gelingen, Kontextfaktoren -wie die konkrete Wohnsituation- in die Bewertung der Teilhabebeeinträchtigung bei der Bemessung des Grades der Behinderung einfließen zu lassen. Gute gemeint heiße noch lange nicht, dass es in der Gesetzgebung auch gut gemacht werde. Das BMAS habe nun einen schlanken Entwurf für eine 6. Änderungsverordnung vorgelegt, der demnächst hoffentlich auch die Zustimmung des Bundesrates finden werde.

Michaela Engelmeier äußerte sich zur Dringlichkeit der Überarbeitung der VersMedV und sprach dabei eine ausstehende Entscheidung des Bundessozialgerichts an, ob die aktuellen Vorgaben überhaupt noch angewendet werden dürften, da sie nicht mehr dem Stand der Wissenschaft entsprechen würden. Engelmeier sprach sich in diesem Zusammenhang erneut gegen die Berücksichtigung des Gebrauchs von Hilfsmitteln bei der Feststellung des Grades der Behinderung aus.

Verena Bentele appellierte zum Thema Versorgungsmedizinverordnung an die Beteiligten, sich nicht in Kleinigkeiten zu verlieren, sondern sich auf das Wesentliche zum Nutzen der Menschen mit Behinderungen zu konzentrieren.

Harald Trieschmann sprach dann noch das Dauerthema Merkzeichen aG und Behindertenparkplätze an. Bis heute sei es nicht gelungen, den Bürgern die Hintergründe der strengen Regelung erklärbar zu machen. Mehr als die Hälfte aller Petitionen und Beschwerden würden diese Problematik betreffen. Hier berichtete Jürgen Dusel über ähnli-





che Petitionen und Beschwerden. Auch sei die Auslegung der Voraussetzungen für die Feststellung des Merkzeichens aG in den Ländern nicht immer einheitlich.

Dass die Sozialverbände und der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung die Podiumsdiskussionsrunde auch dafür nutzten, um in Anwesenheit des BMAS ihre wichtigen politischen Statements, und hier insbesondere Forderungen für noch mehr Bemühungen um echte Inklusion und Barrierefreiheit hervorzuheben, war nur allzu verständlich. Daher war es auch nicht verwunderlich, dass die für eine Stunde angesetzte Diskussionsrunde schnell an die zeitliche Grenze stieß.

Zum Schluss gab Moderatorin Astrid Hollmann allen Teilnehmern aber auch noch die Möglichkeit, kurz die Wünsche an die Politik zu skizzieren.

Frau Strehle hatte hier mit ihrem Wunsch nach Umsetzung des Koalitionsvertrages mit Weiterentwicklung des Gleichstellungsgesetzes, Bemühungen um Barrierefreiheit auch im privaten Bereich und Umsetzung des digitalen Behindertenausweises leichtes Spiel, schließlich liegt die Umsetzung dieser Wünsche ein Stück weit auch in ihrer Hand.

Verena Bentele betonte, dass Staatsmodernisierung nicht Leistungskürzung bedeuten dürfe. Für Bürgerinnen und Bürger mit Behinderung müsse es vereinfachte Möglichkeiten geben, um Leistungen in Anspruch zu nehmen. Ihr Herzenswunsch sei ein gut ausgebauter Sozialstaat.

Jürgen Dusel wünschte sich verständliche Bescheide aus der Verwaltung. Barrierefreiheit müsse außerdem ein Qualitätsmerkmal für unsere Gesellschaft werden. Barrierefreiheit gehöre in alle Bereiche der Gesellschaft.

Michaela Engelmeier trat für mehr Anstrengungen um Inklusion ein, bezog sich in ihrem Statement aber auch auf die Potsdamer Erklärung der GdV. Sie hoffe, dass sich die Wünsche der GdV um eine aufgabenadäquate Personalausstattung, vernünftige Sozialgesetze und eine angemessene Beteiligung im Gesetzgebungsverfahren auch erfüllen mögen.

Harald Trieschmann verlieh der Hoffnung Ausdruck, dass die Bundesregierung ihre Verantwortung für die Demokratie wahrnehme. Die Forderungen von Experten nach einem Verwaltungsumbau mit schnelleren und pauschaleren Regelungen müsse ernstgenommen werden und dürfen nicht zerredet werden.

Moderatorin Astrid Hollmann wies abschließend darauf hin, dass diese Wünsche nur funktionieren können, wenn die neu gewählte Bundesregierung dieses Mal auch durchhält.

Nach der Podiumsdiskussion bekamen alle Teilnehmer, wie hier auf dem Bild Jürgen Dusel, zum Dank noch einen kleinen Korb mit Spezialitäten aus der Region um den Spreewald überreicht.





Die Chronik



Dass bei einer öffentlichen Veranstaltung zu einem Jubiläum am Platz ein Programmheft liegt, ist die Regel. Dass aber dann auch noch eine Chronik als Beigabe dazukommt, ist nicht immer der Fall. Gerade einmal 300 Exemplare gibt es von der Chronik „**75 Jahre GdV, Höhen und Tiefen**“ und insofern darf die GdV mit Fug und Recht behaupten, den Ehrengästen ein eher rares Geschenk gemacht zu haben.

In der knapp 300 Seiten umfassenden Chronik werden nicht nur jedem Jahr seit Gründung der GdV 2 Seiten gewidmet, sondern auch noch einmal die Verdienste der Bundesvorsitzenden und Bundesschatzmeister herausgestellt. Weitere Kapitel widmen sich der Historie

der Fachzeitschrift, den Verlagen und Inseraten sowie der Zusammenarbeit zwischen GdV und dbb sowie den Sozialverbänden. Der Arbeitnehmer- und Tarifausschuss findet genauso Erwähnung wie die GdV-Frauen und die Ehemaligentreffen. Darüber hinaus wird auch noch einmal die Entwicklung in jedem einzelnen GdV-Landesverband beleuchtet. Eine Historie über die Zusammensetzung des Bundesvorstandes und eine Zeittafel über die Gesetze, die von den Beschäftigten der Versorgungsverwaltung regelmäßig in kurzen Abständen umgesetzt werden mussten, runden die Chronik ab.

Das Bemerkenswerteste an der Chronik sind aber die Persönlichkeiten, mit denen die GdV in den 75 Jahren ihrer Geschichte zu tun hatte. Berichte über Kontakte zu allen VdK- und SovD-Vorsitzenden, den dbb-Vorsitzenden und den Behindertenbeauftragten sind zu erwarten, aber wer weiß heute noch, dass **Oskar Lafontaine** einst den GdV-Bundeshauptvorstand in Saarbrücken empfangen hat, **Armin Laschet** (damals als Europaabgeordneter) die GdV in Aachen begrüßte, **Malu Dreyer** auf mehreren Bundesgewerkschaftstagen der GdV zu Gast war und **Anette Kramp-Karrenberger** ein verdientes GdV-Mitglied mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnete?

Und dann stößt man in der Chronik auch noch auf einen gewissen **Friedrich Merz**. Er schrieb im Jahr 2000 als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion ein Grußwort zum Jubiläum „50 Jahre“ GdV. Als das Bild von ihm zum Grußwort in die Chronik aufgenommen wurde, war noch nicht abzusehen, dass er später einmal Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden sollte. Vielleicht sorgt die Chronik auch noch in späteren Jahren für die eine oder andere Überraschung.





Ein Danke schön

Leider gibt es kein Bild von der Szene, die sich am Samstag, den 10.05. nachmittags im Dorint-Hotel abspielte. **Patricia Falke** (links im Bild), die Ehefrau des Bundesvorsitzenden bügelte die Banner für den Empfang. Die spöttischen Kommentare der GdV-Herren dahingehend, sie hätten auch noch ein paar zerknitterte Hemden im Koffer, und Patricia könnte dann gleich damit weitermachen, ließen nicht lange auf sich warten. Die Szene war aber beispielgebend für die familiäre Atmosphäre, in der die GdV den Bundesgewerkschaftstag und die öffentliche Veranstaltung abgewickelt hat. Kein Mitglied im Bundesvorstand verfügt über eine Freistellung und so mussten eben alle Vorarbeiten in der Freizeit erledigt werden; ohne familiäre Unterstützung wäre das unmöglich. Genauso wäre die Durchführung des Bundesgewerkschaftstages und der öffentlichen Veranstaltung vor Ort ohne tatkräftige Mithilfe von Delegierten und Gastdelegierten nicht möglich gewesen. Funktionieren kann das aber selbst dann nur, wenn man sich nahezu blind aufeinander verlassen kann und dafür braucht es eben Vertrauen, dass jeder seinen Teil zum Gelingen beiträgt.



Bei einer Aufzählung würden wir beim Danke schön mit Sicherheit wieder Menschen vergessen, ohne die der reibungslose Ablauf nicht möglich gewesen wäre und damit soll es an dieser Stelle bei einem pauschalen „**Danke schön**“ für alle ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer belassen sein.

Und dann soll es da auch noch einen stellvertretenden GdV-Bundesvorsitzenden geben, der sich das ehrgeizige Ziel gesetzt hatte, spätestens eine Woche nach der öffentlichen Veranstaltung eine Sonderausgabe über die 75-Jahr-Feier zu veröffentlichen. Das Vorhaben stieß bei Delegierten und Gastdelegierten auf großen Anklang. Wäre nur noch die Frage zu klären, was die beiden Protokollführerinnen davon gehalten haben, erst recht nachdem besagter stellvertretender Bundesvorsitzender sie wissen ließ, er brauche das Protokoll bis Freitag und mehrere Grußworte sowie die Festrede von Jürgen Dusel würden in freier Rede und ohne Manuskripte gehalten. Auch in Richtung unserer beiden Protokollführerinnen daher nochmals ein großes „**Danke schön**“ für die großartige Unterstützung unter großem Zeitdruck.



Unsere Protokollführerinnen Frauke Dunz und Gabriela Hannemann



Fazit

Das „**Who ist Who der Fürsprecher für einen starken Sozialstaat**“ gebe sich heute in Potsdam ein Stelldichein, merkte ein Redner bei seinem Grußwort anlässlich unserer öffentlichen Veranstaltung an. Damit hatte er angesichts der Teilnahme der VdK-Präsidentin Verena Bentele, der SoVD-Vorsitzenden Michaela Engelmeier und des Bundesbehindertenbeauftragten Jürgen Dusel durchaus recht. Das Trio tummelt sich allerdings regelmäßig auf der großen politischen Bühne und so war das Ungeöhnliche eher, dass es sich alle drei nicht nehmen ließen an der GdV-Festveranstaltung teilzunehmen. Fast drei Millionen Mitglieder vertreten VdK und SovD zusammen, fast 8 Millionen schwerbehinderte Menschen leben in der Bundesrepublik und die Aufgabe von Jürgen Dusel ist es, die Bundesregierung in allen Fragen der Behinderung, die diese Menschen betreffen, zu beraten. Die GdV ist gegen diese Zahlen nur eine Amöbe.

Die guten persönlichen Kontakte und auch das Motto „**Sozial in eine digitale Zukunft**“, das aktueller nicht hätte sein können und mit Sicherheit auch den Vorstellungen der Sozialverbände von einem modernen Sozialstaat entspricht, mögen auch zu ihrer Teilnahme bewogen haben, die für uns eine große Ehre bedeutet.

Am Ende möchte ich aber den Fokus noch einmal auf zwei Frauen richten, die ansonsten nicht im Rampenlicht stehen und auf mich bei der öffentlichen Veranstaltung den größten Eindruck hinterlassen haben. Christina Schröter hat als Präsidentin des LASV Brandenburg an die frühere Sozialministerin Regine Hildebrandt erinnert und sie als Sinnbild der Nahbarkeit bezeichnet. Damit hat sie aber gleichzeitig indirekt auch die Frage aufgeworfen, wo seit ihrem Rücktritt im Jahr 1999 die großen Sozialpolitiker/innen in Bund und Ländern geblieben sind, die für diese so wichtige Eigenschaft stehen.

Und Susanne Strehle vom BMAS hat sowohl in ihrem Grußwort als auch in der Podiumsdiskussion wohlthuend nachdenkliche und versöhnliche Töne angeschlagen. Ihre Wortbeiträge haben mir umso mehr zu denken gegeben, als ich in der Vergangenheit keine Gelegenheit ausgelassen habe, die Entfremdung zwischen Ministerialbürokratie und Executive anzuprangern (was die Aufteilung Polens bei der Auslandszuständigkeitsverordnung anbelangt, bleibe ich aber dabei). Das BMAS hat für die 6. Änderungsverordnung der VersMedV einen schlanken, vernünftigen Entwurf vorgelegt und bei der anstehende Überarbeitung der einzelnen Kapitel eine Teilnahme der Verwaltung an den Unterarbeitsgruppen im Sachverständigenbeirat zugelassen. Wenn diese Form der Zusammenarbeit auch in Gesetzesvorhaben, die die Inklusionsämter oder die in dieser Legislaturperiode anstehende Evaluierung des SER betreffen, fortgesetzt wird, dann würde das auch für die GdV noch mehr als bisher die Verpflichtung bedeuten, sich konstruktiv einzubringen. Spontan fällt mir dazu das Lied „**Wir wollen aufstehen, aufeinander zugehen, voneinander lernen miteinander umzugehen**“ ein. Das Lied hätte, vorgetragen von der SGB9-Band, ebenfalls den Schlusspunkt unter unsere öffentliche Veranstaltung setzen können.

Manfred Eichmeier



Impressionen von der öffentlichen Veranstaltung mit anschließendem Sektempfang







GdV 75 Jahre GdV

Ehrengäste

Bentle, Verena	Kowalak, Tania	Rettner, Stefan
Czennia, Dorothee	Kraus, Ronald	Risse, Birgit
Dahlhaus, Christina	Krzywanek, Jan Oliver	Rosenberger, Kai
Dornbusch, Adalbert	Leibiger, Joachim	Schnepel, Jens
Dusel, Jürgen	Liebel, Thomas	Schönborn, Frank
Engelmeier, Michaela	Lin-Klitzing, Prof. Dr. Susanne	Schröder, Dr. Alexander
Fandrejewski, Matthäus	Liske, Eduard	Schröter, Christina
Fraenzel, Stefan	Löbner, Andreas	Schug, Herbert
Geduldig, David	Lutz, Michael	Strehle, Susanna
Hamann, Bärbel	Naumann, Stefan	Stöcker, Frank
Hollmann, Astrid	Neersen, Michaela	Weber, Dr. jur. Christian
Hormung, Kristina	Noe, Helga	Welsch, Michael
Jørgensen, Dr. Juhl	Priebe, Laura	Weselsky, Claus
Klitzing, Dr. Horst Günther	Pries, Michaela	Will, Dr. Heiko
Köbler, Florian	Reiß, Mario	Wolf, Marlene
Kollmer, Dr. Norbert	Rettig, Jens	

12.05.2025 GdV Bundesgewerkschaftsbüro 2025 Manfred Eichmayer







75 Jahre Gewerkschaft der Sozialverwaltung

